

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 85-7, und die Post zu beziehen.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtsige Anzeigen 20 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74.

Donnerstag, den 28. März 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## An unsere Freunde!

Wir leben in einer Zeit der schwärzesten Reaktion, wo der freie Gedanke erstickt, das freie Wort erdroffelt werden soll. In der „Umsturz“-Vorlage findet dieses Verbrechen seinen kräftigsten Ausdruck und in dem Bismarckdrummel, der seit Sonnabend das gesamte Bürgerthum in einen Wahnsinns-Taumel versetzt hat, seine Bestätigung. In dieser Zeit der Versekung aller Parteien, wo knechtlicher Byzantinismus, mattherzige Feigheit und rücksichtslose Unterdrückungswuth Andersdenkende sich breit macht und alle freiheitlichen Regungen der Volksrechte zu erstickend droht, ist es doppelt heilige Pflicht, dem einzigen Organ in Lübeck, das unentwegt die Fahne für Wahrheit, Freiheit und gleiches Recht hochhält, dem

## Lübecker Volksboten

stets neue Leser, neue Abonnenten zuzuführen. Freunde, Parteigenossen, erfüllt eure Pflicht, damit jeder Einzelne dem Organ wenigstens einen neuen Abonnenten zuführen kann. Es thut in der jetzigen Zeit des Byzantinismus dringend noth, dem freien Gedanken stets neue Heimstätten zu erschließen. Die Abonnementsbedingungen sind am Kopfe unserer Zeitung verzeichnet. Unsere werthen Postabonnenten wollen die Zeitung bei der nächsten Postanstalt gefälligst recht bald bestellen, um Unterbrechungen in der regelmäßigen Zustellung der Zeitung bei Beginn des neuen Quartals vorzubeugen.

Und nun frisch aus Werk!

Redaktion und Verlag des Lübecker Volksboten.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 26. März 1895.

69. Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: Dr. v. Bötticher, Graf Posadowsky.

Vizepräsident Frhr. v. Buol theilt mit, daß der zweite Vizepräsident Dr. Bürlin sein Amt niedergelegt hat.

Darauf wird die zweite Lesung des Etats fortgesetzt und der Etat des Rechnungshofes debattelos nach den Beschlüssen der Kommission bewilligt.

Beim Etat des Reichsschatzamtes befristet.

Abg. Dr. Vachem (Z.) die vom Abg. Bichler zum Etat für das Bankwesen eingebrachte Resolution betreffend die Erleichterung des landwirthschaftlichen Kredits durch Vermittlung der Reichsbank.

Reichsbankpräsident Dr. Koch (auf der Tribüne sehr schwer verständlich) erwidert, daß sowohl die Reichsbank, wie die preussischen Bankanstalten von jeher bemüht seien, allen Berufsständen gleichmäßig den Kredit zu erleichtern. Trotzdem sei die Zahl der Reichsbank in Geschäftsverkehr stehenden Landwirthe gering. Das liege zum Theil daran, daß dem Kreditverkehr der Reichsbank gewisse natürliche Schranken gezogen seien.

Abg. Dr. Meyer-Halle (FvG.) erwähnt, daß Zuckerfabriken, die unter zollamtlichen Verhütung liegenden Zucker lombardiren wollten, der Kredit verweigert worden sei, während er auf den in Privatlagern ruhenden Zucker gewährt worden sei. Er bitte hier um möglichstes Entgegenkommen.

Vizepräsident Frhr. v. Buol macht dem Vorredner darauf aufmerksam, daß seine Anregung nicht zum Etat des Reichsschatzamtes, sondern zu dem des Bankwesens gehöre.

Reichsbankpräsident Dr. Koch erwidert dem Abg. Meyer, sein Wunsch sei bereits erfüllt. Die wüthigen Verhandlungen mit dem preussischen Finanzminister seien bereits eingeleitet.

Der Etat des Reichsschatzamtes wird alsdann bewilligt.

Beim Etat der Reichsschuld befristet.

Abg. Meyer-Danzig (FvG.) (Schwer verständlich) die Konvertirung der Reichsanleihepapiere, durch eine Herabsetzung des Zinsfußes würden allerdings auch manche kleinere Leute geschädigt, wirklich empfindlich betroffen würden aber nur die Großkapitalisten. Dem stände aber der große Vortheil gegenüber, den das Reich an Zinsen erspart. Dieser Vortheil käme aber den Steuerzahlern zu Gute, auch denen, die es noch nicht zum Besitz von Staatspapieren gebracht. Namentlich würde aber der Landwirthschaft durch die Konvertirung eine große Erleichterung gewährt werden, und zwar prozessiv steigend, den wirthschaftlichen Schwachen am meisten. Diese würden sonst nur dem Proletariat anheimzufallen und zur Sozialdemokratie übergehen.

Abg. Bebel (S.D.): Wir sind heute ein Mal ausnahmsweise in der Lage, mit den Herren von der Rechten übereinstimmen zu können. Auch wir halten die Konvertirung der 3, 3 1/2, 4-pZt. Reichsschulden für geboten. Die Antwort des Reichsschatzsekretärs in der Budgetkommission auf eine gleiche Anregung klang nicht befriedigend. Der kurze Stun seiner langen Rede war: wir wissen im Augenblick nicht, was wir thun sollen, wir müssen abwarten, was die Zukunft uns bringt. Ich gewann aus seinen Erklärungen den Eindruck, als wenn die Regierung wenig Neigung hat, die Gunst der Umstände, die gegenwärtig der Geldmarkt bietet, auszunutzen und die Zinslast des Reiches zu ermäßigen. Allerdings ist es richtig, daß der materielle Nutzen aus einer Konvertirung für das Reich verhältnismäßig gering ist. Wir haben im deutschen Reich gegenwärtig 450 Millionen 4-prozentiger und 778 Millionen 3-prozentiger Schuldverschreibungen. Würden diese beiden Beträge in 3-prozentige Schuldverschreibungen konvertirt, so würde

sich die Zinsersparniß auf 8 Millionen belaufen. Das ist allerdings gegenüber dem großen Betrage unseres Reichsbudgets minimal. Es würde aber zunächst für das kommende Etatsjahr vollkommen ausreichen, um die Spannung zu beseitigen, die zwischen den Ueberweisungen aus den Zinsen und den indirekten Steuern und der Verpflichtung für die Regierung, Matrikularbeiträge zu bezahlen, besteht. Giebt aber das Reich mit der Konvertirung vor, dann können die Einzelstaaten unmöglich zurückbleiben. Preußen, Bayern, Baden, Hessen haben mit Einschluß des Deutschen Reiches 4-prozentige Schuldverschreibungen in Höhe von 5583 Millionen Mark. Die Konvertirung dieses Kapitals in 3 1/2-prozentige Papiere würde also eine jährliche Zinsersparniß von rund 55 Millionen ergeben. Die Frage nach neuen Steuern für das Reich wäre dann mit einem Schlage beseitigt. Denn wenn Preußen aus der Konvertirung allein einen Gewinn von 30 Millionen zu erzielen in der Lage wäre, Bayern einen solchen von 12 Millionen, Baden von 2 Millionen, Württemberg von 3 000 000 Mk., Hessen von 400 000 Mk., so möchte ich wissen, wie man angesichts einer solchen Finanzlage und mit neuen Steuerprojekten belästigen wollte. Die Konvertirung von 3 1/2-prozentigen in 3-prozentige Schuldverschreibungen wäre dann nur eine Frage der Zeit und würde weitere Zinsersparnisse ergeben, für Preußen z. B. noch 10 Millionen. Ein Blick auf den Kurszettel lehrt, daß die Börse schon lange mit der Möglichkeit einer solchen Konvertirung rechnet. Wenn der Kurs der 4 und 3 1/2-prozentigen Staatspapiere sich nach dem der 3-prozentigen richten würde, so müßten im gegenwärtigen Augenblick die 3 1/2-prozentigen Schuldverschreibungen nicht 104, sondern mindestens 115 pCt. stehen. Die Großkapitalisten sind also bereits seit geraumer Zeit von dem Gedanken befeuert, daß auf die Dauer die Konvertirung unvermeidlich ist. Nun ist ungewiss, ob solche Konvertirung im Allgemeinen auf dem Geldmarkt eine Revolution in der Richtung herbeiführen würde, daß der Zins auch der Privatschulden, Hypotheken u. s. w. wesentlich billiger werden würde, als jetzt. Allen das Interesse dieser Kreise zu vertreten sind wir nicht berufen. Der kleine Handwerker und Bauer wird eine gewisse Zinsersparniß erzielen, meinte der Vorredner. Das mag richtig sein, aber täuschen wir uns nicht, haltbarer wird die traurige soziale Position dieser Klassen dadurch nicht. Für uns ist der Gesichtspunkt maßgebend, daß das, was hier in Form hoher Zinsen von Reichswegen an die Kapitalisten geht, durch Steuern und zwar, so weit das Reich dabei in Frage kommt, durch indirekte Steuern aufgebracht werden muß, die vorzugsweise auf den arbeitenden Klassen lasten. Wir sind also im höchsten Grade daran interessiert, daß diese Lasten nach Möglichkeit erleichtert werden, auch mit Hilfe der vorgeschlagenen Konvertirungen. Der Schatzsekretär hat mit einer neuen Tabaksteuer und mit der Biersteuer gedroht, wenn der vorliegende Entwurf einer Tabaksteuer abgelehnt werden sollte. Die Einführung dieser Steuern würde auf das Unheilvollste in das Erwerbseleben des Volkes eingreifen. Das würde eine Konvertirung nicht thun. Ich will nicht bestreiten, daß ein gewisser Kreis kleiner Leute, soweit sie als Spareinsparer, als Besitzer von Staatspapieren, wenn auch im geringsten Umfange dabei in Betracht kommen, dadurch geschädigt werden. Aber einmal ist die Schädigung auch für sie viel geringer, als durch neue indirekte Steuern und dann ist die Zahl derer, die in unserer heutigen Gesellschaftsordnung, überhaupt aus den unteren Klassen sich eines derartigen Besitzthums erfreuen, daß eine Zinsermäßigung durch Konvertirung irgendwie fühlbar für sie wäre, eine so kleine, daß darauf nicht Rücksicht genommen werden kann. In der Hauptsache befinden sich die Staatspapiere in den Händen potenter Kapitalisten. Kein Privatmann wird sich befinden, wenn er Kapital zu billigerem Zinsfuß haben kann, es zu nehmen und seine Schulden zu konvertiren. Mit welchem Rechte will sich da der Staat weigern, der öffentlichen Gelder im öffentlichen Interesse zu verwalten? Es dürfte sich empfehlen, bei der uns bevorstehenden dritten Lesung des Etats in Form einer Resolution die Meinung des Reichstages nach dieser Richtung hin auszudrücken. Ich glaube allerdings, die Regierung will den jetzigen Zustand nach Möglichkeit erhalten. (Zuruf vom Bundesrathstisch: Nein.) Ich werde mich freuen, wenn ich mich täusche. Schon seit Jahren sind viele Millionen den Inhabern der Staatschuldspapiere so zu sagen unrechter Weise in die Taschen geflossen, da das Reich längst die Papiere hätte konvertiren können. Ein Vergleich mit Frankreich zeigt, daß dort die 3-prozentige Rente schon längst über Paris steht. Jetzt haben sich die Geldverhältnisse auf dem Weltmarkt so gestaltet, daß Deutschland in der gleichen Richtung wie Frankreich vorgehen kann. Wenn der Reichstag jetzt der Regierung einen Wunsch zur Konvertirung nicht aussprechen will, so werde ich unter allen Umständen in den nächsten Session mit einem solchen Antrag vor das Haus treten.

Abg. Dr. v. Frege (konf.) glaubt nicht, daß eine Revolution auf dem Geldmarkt, wie sie eine Konvertirung hervorrufen müßte, der Allgemeinheit nützlich sein würde. Er glaube nicht daran, daß der gegenwärtige niedrige Zinsfuß dauernd sein werde. Daher scheine es ihm bedenklich, die große Zahl von kleinen Sparern, die ihr Geld in Reichspapieren anlegen, durch die Konvertirung zu schädigen. Von einer Steuererleichterung könne bei derselben sicher keine Rede sein, denn die aus ihr zu gewinnenden Mittel dürften doch nur zur Schuldentilgung verwendet werden.

Abg. Dr. Barth (Freis. Vg.) hält Letzteres durchaus nicht für erforderlich; auch England habe seinerzeit den Gewinn aus der Konvertirung keineswegs zur Tilgung von Schulden verwendet. Er halte es für durchaus angemessen, daß man zu Gunsten einer einzelnen Klasse von Staatsbürgern der Allgemeinheit die Verzinsung zu einem höheren Zinsfuß zumuthe. Mit der Zoll- und Steuerpolitik stehe das allerdings im Einklang. Er sehe daher gar Bedenken, die Konvertirung zu befürworten. Einzelinteressen würden allerdings geschädigt, um so größer sei aber der Vortheil für die allgemeine Interessen.

Abg. Dr. Rintelen (Z., auf der Tribüne sehr schwer verständlich), spricht sich gegen die Konvertirung aus, da durch dieselbe vornehmlich die große Zahl von kleinen Leuten betroffen würde, die ihr Geld in Staatspapieren anlegen; der Staat aber dürfe nicht dulden, daß ganze Klassen der Bevölkerung geschädigt würden

oder gar zu Grunde gingen. Auch Stiftungen, Wohlthätigkeitsanstalten würden durch eine Konvertirung empfindlich getroffen und demnach in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt. Den Aktionären der verstaatlichten Eisenbahnen seien Konsols in Zahlung gegeben und ein gewisses Einkommen garantiert worden. Die Konvertirung bedeute einen schweren Eingriff in die Rechte dieser Aktionäre.

Abg. Dr. Friedberg (W.) befürchtet von der Konvertirung eine Krisis, die schlimmere Folgen nach sich ziehen könnte, als die Beibehaltung des jetzigen Zinsfußes. Erst dann würde er den Moment zu einer Konvertirung für gekommen erachten, wenn Privatunternehmungen Geld billiger bekämen als der Staat.

Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky bezeichnet es als irthümlich, daß die Kurse fremder konvertirter Staatspapiere ganz erheblich höher seien, als diejenigen unserer. Die Verhältnisse anderer Länder ließen sich übrigens nicht ohne Weiteres mit den unseren vergleichen. In dem zu hohen Steigen des Kurzes unserer Papiere scheine ihm allerdings eine gewisse Gefahr. Es kam uns aber nicht ohne Weiteres zur Konvertirung veranlassen. Stiege der Zinsfuß in nächster Zeit, so würde der Verlust ein doppelter sein. Daß die Konvertirung im jetzigen Augenblick der Landwirthschaft Nutzen bringe, glaube er nicht. Hypotheken auf ländliche Grundstücke seien heute schon schwer zu haben; setze man den Zinsfuß noch herab, so würde der landwirthschaftliche Kredit nur geschädigt. Daß er sich über das, was die Regierung für die Zukunft vorhatte, heute hier nicht äußere, sei wohl Jedem erklärlich; er würde damit nur den unlautersten Spekulationen Thür und Thor öffnen.

Abg. Graf Arnim-Muskau (Reichsp.) will die Konvertirung jedenfalls nicht eher vorgenommen sehen, als bis die Währungsreform durchgeführt sei. Es müsse der Börse die Möglichkeit genommen werden, uns bei Gelegenheit der Konvertirung wieder mit exotischen Papieren zu überschwemmen.

Abg. Dr. Fahn (Wid.-konserv.) meint, die Erklärungen des Reichsschatzsekretärs entsprächen unseren gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnissen durchaus.

Abg. Meyer-Danzig und Bebel befürworten nochmals die Konvertirung im Interesse der Steuerzahler.

Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky wiederholt, daß von seiner Seite ein Einfluß auf die Konvertirungsfrage gelbt worden sei. Konvertire man zum ungeeigneten Zeitpunkt, so sei zu fürchten, daß die jetzigen Inhaber von Staatspapieren Geld in auswärtigen Papieren anlegten; das eben könne nicht die Absicht der Regierung sein.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Der Etat der Reichsschuld wird nach den Beschlüssen der Kommission bewilligt.

Beim Etat des Bankwesens theilt

Abg. v. Kardorff (FvG.) mit, der Abg. Althardt habe in einer Verammlung geäußert, die Konservativen hätten 1889 die Verstaatlichung der Reichsbank durchsetzen können, aber die Juden hätten es durch ihren Einfluß dahin gebracht, daß Abg. Kardorff und verschiedene Andere bei der Abstimmung gescheit hätten. Herr Althardt erklärte, er habe einen bezüglichen Brief der Firma Mohr u. Speyer in Händen. Er bitte Herrn Althardt, diesen Brief auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Der Brief könne nicht existiren, denn er habe mit jener Firma nie in Verbindung gestanden, was ihm dieselbe auch bezeugt habe. Er könne das Verfahren des Herrn Althardt nicht genügend qualifiziren, müsse aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Affäre und Germanen, von denen Herr Althardt Deutschland ausschließlich beddelt sehen möchte, ihm nicht ähnlich sehen mögen. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Mirbach (R.) kommt auf die Frage des landwirthschaftlichen Kredits zurück und kann eine wirksame Förderung desselben durch die Reichsbank nur erwarten, wenn man dem Bimetallismus wenigstens mehr Neutralität oder noch lieber Wohlwollen entgegenbringe. Der Reichsbankpräsident habe aber leider hier noch keine solche Erklärung abgegeben. Er bitte ihn darum.

Reichsbankpräsident Dr. Koch erwidert, er könnte dem Vorredner wohl keinen größeren Gefallen thun, als wenn er sofort seinen Posten verlasse. Den Gefallen werde er ihm aber nicht thun. Die Wortwüste, die man ihm hier theils heute, theils in seiner Abwesenheit gemacht habe, seien wohl auf den Mangel wirthschaftlicher Kenntnisse zurückzuführen. (Sehr richtig, links.) Er stehe aber auf demselben Standpunkt, wie sein Amtsvorgänger v. Dethenb, auch in der Währungsfrage, denn dieser habe immer das Festhalten an unserer Währung als notwendig betont, weil ihr unser Handel und Verkehr im Wesentlichen ihren Aufschwung verdankte. Mit der Frage der Verstaatlichung der Reichsbank stehe keine Person in gar keinem Zusammenhang. Daß die Reichsbank dem landwirthschaftlichen Kredit in erheblichem Umfange entgegenkomme, habe er schon ausgeführt. Im Uebrigen überlasse er dem Hause das Urtheil über die Anpassungen der Herrn v. Kardorff.

Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky stellt fest, daß er nicht der Vorgesetzte des Reichsbankpräsidenten sei. Von einem Widerspruch zwischen den Anschauungen des Letzteren und denen seines Vorgesetzten, des Reichsschatzsekretärs, zu sprechen, sei also irthümlich, Vorgesetzter des Bankpräsidenten sei der Staatssekretär des Finanzens.

Abg. Richter (Freis. Volksp.) meint, die Ausführungen des Grafen Mirbach seien nur des Ausbruches des Mergers darüber, daß der Bankpräsident in der Währungsfrage nicht auf ihrem Standpunkt stehe. Es hätte aber eine Abweilung vom Regierungstische gefunden, wie sie schroffer von der linken Seite nicht hätte erfolgen können. (Sehr richtig links.) Und diese Herren hätten den Muth, sich als Regierungspartei zu bezeichnen. (Heiterkeit links.) Was die Forderung des landwirthschaftlichen Kredits betreffe, so habe dieselbe doch auch eine sehr bedenkliche Seite. Viele Leute seien der Ansicht, daß die Nothlage der Landwirthschaft wesentlich mit dadurch verschuldet sei, daß ihr zu leicht Kredit zur Verfügung stehe, oft über das eigene Vermögen hinaus. Die Reichsbank, ein Institut zur Regelung des Geldumlaufs, sei jedenfalls nicht dazu da, um einer momentanen Nothlage wegen ihre Mittel dem Verkehr zu entziehen.

Abg. v. Kardorff beruft sich für seinen bimetalistischen Standpunkt auf die Befragung verschiedener englischer Bankdirektoren von der Goldwährung zum Bimetallismus. Dem Reichsbankpräsidenten erlaube er sich zu bemerken, daß Herr v. Dechend ihm seinerzeit einmal gesagt habe, er könne sich in der Währungsfrage nicht in Gegensatz zu dem Reichskanzler setzen. Er, Redner, werde immer für die Doppelwährung eintreten, denn er sei der Überzeugung, daß die Goldwährung die Ausplünderung der arbeitenden Massen zu Gunsten der Reichen bedeute. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Graf Mirbach erwidert dem Abg. Richter, dieser möge zunächst einmal abwarten, ob er und seine Freunde sich als Regierungspartei grand mächtig aufspielen. Dem Bankpräsidenten erwidere auch er, daß Herr v. Dechend kein unbedingter Freund der Goldwährung gewesen sei. Wenn der Bankpräsident ihm gegenüber von Ausplünderung gesprochen habe, so wolle er ihm in dieser Diktion nicht folgen; er bestreite aber dem Bankpräsidenten das Recht, von einem Abgeordneten in solchem Ton zu sprechen.

Reichsbankpräsident Dr. Koch protestiert dagegen, daß er fortwährend in der Währungsfrage in Gegensatz zu Herrn v. Dechend gebracht werde. Auf die Währungsfrage einzugehen, lehne er ab; sie stehe nicht auf der Tagesordnung. Das Reichsbankdirektorium werde sich auch in Zukunft von allen bimetalistischen Agitationen fern halten.

Abg. Graf Mirbach bestreitet dem Bankpräsidenten das Recht, ihn zurückzuweisen, weil er nicht zur Sache gesprochen. Das könne nur der Präsident des Hauses. (Sehr richtig! rechts.)

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt

Abg. Richter, der Abgeordnete Graf Mirbach verwechsle wohl Wuth und Dreifigkeit. In der letzteren sei ihm dieser jedenfalls über

Abgeordneter Graf Mirbach: Wenn es Dreifigkeit sei, für seine Überzeugung einzutreten, so nehme er die Dreifigkeit gern hin.

Der Etat des Bauwesens wird mit der oben beim Etat des Reichsschatzkanzlers erwähnten Resolution Richter angenommen.

Ohne Diskussion gelangen alsdann noch zur Annahme die bayerischen Quoten, der Etat zur Durchführung des Dienstaltersstufenplans zu Erhaltung auf aus Landesmitteln aufgewendete Kasernenbauten, zur Vervollständigung des Eisenbahnnetzes, Ueberträge aus früheren Jahren, Matrimonialbeiträge, außerordentliche Deckungsmittel. Ebenso schließlich das Etatsgesetz und das Anleihegesetz.

Damit ist die zweite Berathung des Etats beendet.

Vizepräsident Freiherr von Huol schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch 1 Uhr mit folgender Tagesordnung Wahl des Präsidenten und des zweiten Vizepräsidenten, Gesetz betreffend die Abhaltung einer Berufszählung, Wahlprüfungen.

Abgeordneter Graf Kanitz (kons.) beantragt, an zweier Stelle der Tagesordnung seinen Antrag auf Verstaatlichung der Getreidezufuhr zu der Berathung zu stellen.

Die Abgg. Dr. Bachem (Zentrum), Nicker (freis. Vg.), Richter (freis. Volksp.) und Singer (Soz.) widersprechen dem Antrag, da dessen Diskussion mehrere Tage dauern und dadurch das Zustandekommen des Etats vor dem 1. April in Frage gestellt sein würde.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (kons.) erwidert, wenn man drei Tage auf den Antrag Kanitz rechne, bleibe immer noch ein Tag für die dritte Etatsberathung, dieses aber scheint ihm zu gering. Seine Freunde hätten aber den dringenden Wunsch, eine Entscheidung über den Antrag Kanitz zwischen der zweiten und der dritten Lesung herbeizuführen, da sie nicht wüßten, ob der Reichstag nach der dritten Lesung noch beisammen bleiben könne.

Die Abstimmung über den Antrag Kanitz, betr. Aenderung der Tagesordnung ist eine namenkliche und ergiebt die Mehrheit von 149 gegen 55 Stimmen. — Ein Mitglied enthält sich der Abstimmung.

Es bleibt somit bei dem Vorschlage des Präsidenten. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau. Deutschland.

Die Angriffe der Kartellorgane (antijemittisch-national-liberal-konserverativer Flügel) auf den Beschluß des Reichstages sind im Styl der Reden ihrer parlamentarischen Vertreter gehalten.

Die „Kreuzzeitung“ will abwarten, was die Regierung thut. Wenn ein Zusammenhang und ein innerer Halt vorhanden wäre, so müßte sie mit der Auflösung antworten. Das würde auf die richtige Stimmung klopfen, aber, so klagt das konservative Blatt, wenn man den Antrag Kanitz ablehnt, wo soll da die Fühlung mit der Volksseele herkommen, ohne welche eine Auflösung hoffnungslos und verwegen wäre. Zu ähnlichem „betäubendem“ Resultat gelangt trotz aller Entrüstung auch die „Nationalztg.“. Die Auflösung würde ein verhängnisvoller Mißgriff sein, die Wahlen auf fünf Jahre würden sich um den Antrag Kanitz drehen; das herbeizuführen, könne keinem überlegenden Politiker beikommen. Aber die Minderheitsparteien müßten die Konsequenzen ihres Schrittes ziehen und diese erblickt die „Nationalzeitung“ darin, daß die Minderheitsparteien sich entschließen, das klerikale Joch abzuschütteln, das auf unserer gesamten Politik lastet. Sie müßten dem Klerikalismus fortan jedes Zugeständniß verweigern und die Regierung nur unter der Voraussetzung des gleichen Verhaltens unterstützen. Würde dies nicht der Sinn der Präsidialkrisis werden, dann würde ihre Herbeiführung sich als ein schwerer Mißgriff erweisen. Diese Offenherzigkeit ist überaus dankenswerth. Die „Vossische Ztg.“, die noch nicht recht ihre Haltung gefunden hat, jammert, daß ein ultramontaner Präsident an die Spitze des Reichstages treten (das ist allerdings schrecklich) und der Einfluß des Centrum wachsen werde. Sie hält baldige Neuwahlen für wahrscheinlich. Das „Tagblatt“ erinnert daran, wie in fünf Jahren die Stellung des Kaisers zu Bismarck sich geändert, und fürchtet, daß im Volke Verwirrung entstehen wird über die wechselnden Ziele der Entrüstung. Der scharfe Streich, den der Kaiser mit dem Telegramm gegen den Reichstag geführt, weise auf Konflikt und Auflösung hin. Alle Liberalen müssen sich dann um die Reichsverfassung und die Rechte der gewählten Volksvertretung kümmern. Andere Blätter erinnern daran, daß das erregte Telegramm des Kaisers doch eine Täuschung über die Gefühle der deutschen Völker enthalte. Vor fünf Jahren durfte der getrene Unterthan nicht entrüstet sein, als Bismarck

entlassen wurde und auch nicht vor drei Jahren, als durch den Erlaß nach Wien der Fürst Bismarck gesellschaftlich boykottiert wurde. Am heftigsten tobt natürlich die feile Bismarckpresse.

Die Münchener „Allg. Ztg.“ ergeht sich sogar in Versen über „die Buben, Lumpen, Geistesblöden“, welche in „Dummheit, Stumpfheit, Seelenböde“ gegen den Antrag Dechow gestimmt haben.

Das „Leipziger Tageblatt“ weiß sich nicht mehr anders zu helfen, als es den 163 vom Sonnabend ein „unehrliches“ Begräbniß in der Selbstmörder-Ecke vergönnt. Dieser kostbare Ausbruch einer überschnapten Berserkerwuth lautet wörtlich:

„Wenn die Mitglieder der Reichstagsmehrheit, die am 23. März dem großen Kanzler einen Glückwunsch zum 80. Geburtstage verweigerten, mit demselben Maßstabe gemessen würden, mit dem sie die nationalen Verdienste eines Bismarck maßen, so wären sie nicht werth, vor einem deutschen Kaiser zu stehen, und müßten am Ende ihrer Tage hinter der Kirchhofsmauer eingescharrt werden ohne Sang und Klang und Klage.“

Hiergegen sind doch die zuweilen recht saftigen Wuthausbrüche aller anderen Blätter nur ein kindliches Stammeln und Lallen, das zum Mitleid anregen muß!

Recht besonnen schreibt die „Berl. Volksztg.“:

„Wir haben allen Grund, mißtrauischer als je zu sein. Die Vorgänge vom Sonnabend werden wahrscheinlich unmittelbare politische Folgen haben. Wir stehen vor einer großen politischen Gefahr. In solcher Situation heißt es: Kopf oben behalten! Wie es bei aufgeregten Volksaufläufen, bei Feuerbrünsten, bei Katastrophen, die eine allgemeine Verwirrung mit sich bringen, Leute giebt, die aus derartigen Ungewöhnlichkeiten langjährig ihren Vortheil ziehen, so pflegen auch die Zustände politischer Kopflosigkeit von geriebenen Volksfeinden für ihre Sonderzwecke weidlich ausgenutzt zu werden. Vor Taschendieben wird gewarnt! Einzelne Organe der reaktionären Parteien sind in ihrer Wuth über die Niederlage der parlamentarischen Geburtstagsdemonstranten so unvorsichtig offenerzig, ihre geheimsten Absichten plumper Weise auszuplaudern. Sie wollen unter dem Deckmantel einer der sogenannten „nationalen Entrüstungen“ eine Auflösung des Reichstages provozieren, bei der alsdann, wie sie hoffen, das vielgeliebte Agrariertum nebst seinem gefügigen Anhang rechts und links obenauf kommen würden. Dann wäre gut Wetter für alle diejenigen, die dem Volke das nötige Baargeld aus der Tasche ziehen wollen zur höheren Ehre des staatlichen Getreidewuchers, der den Agrariern als Ideal praktischer Staatsweisheit vorschwebt, weil er das Geld der ärmeren Leute glatt und sicher in ihre Portemonnaies fließen lassen würde. Die Herzenswünsche anderer Heißsporne des neuesten Bismarck-Dummels gehen noch weiter: sie wollen den allgemeinen Skandal dazu mißbrauchen, dem Volke das allgemeine gleiche Wahlrecht aus den Händen zu eskamotieren. Daß bei dieser schönen Gelegenheit die Parteien, die für weitgehendste geistige, politische und wirtschaftliche Anebelung des Volkes schwärmen, auch auf das Zustandekommen von „Umsturz“-Paragrafen rechnen, die selbst die „Umsturz“-Vorlage noch in den Schatten stellen würden, versteht sich von selbst. Anderer lieblicher Folgen nicht zu gedenken, die sich mit Nothwendigkeit ergeben, wenn es den ehemaligen Kartellparteien und ihrem parlamentarischen Anhang gelänge, ihr unter der Firma der Bismarck-Begeisterung in Umlauf gesetzten gemeinshädlichen Quertreibereien in gesetzgeberischen Maßnahmen umzuwandeln.“

Wie stark diese Strömungen heute auf die verbündeten Regierungen einwirken, wissen wir nicht. Wir haben uns aber unter allen Umständen darauf gefaßt zu halten, daß die deutschen Wähler über kurz oder lang an der Wahlurne zu sprechen haben werden. Es sei darum das weithin sichtbare Warnungszeichen aufgeflammt: Laßt euch durch den neuesten kartellistisch-reaktionären „Sturm“ nicht verblüffen! Bekümmert euch weniger um Bismarck, der Reichthum, Auszeichnungen, Ehrungen genugsam in seine Trüben und auf sein Haupt gesammelt hat, so daß er weder neuer Geschenke, noch byzantinisch stilisierter Adressen, noch einer Generalkniebeuge des Reichstages bedarf! Bekümmert euch um euch selbst, deutsche Wähler, die man aufregen will, um sie hinterdrein desto sicherer zu hypnotisieren und zu willenlosen Werkzeugen der Reaktion zu machen! Bleibt gegenüber diesen agrarisch-kartellistischen Mächenschaften, die das Datum des 1. April an der Stirn tragen, kühl bis ans Herz hinein! Laßt euch nicht in den April schicken! Der Geburtstagspaß könnte euch theuer zu stehen kommen!“

Das heißt den Nagel auf den Kopf getroffen. Im Uebrigen stehen diese Ausführungen vortheilt von denen der anderen freisinnigen Organe ab.

Die Bismarckverehrer bemühen sich, allerlei Mythen zu bilden, um bei dem großen Publikum den Glauben zu erwecken, daß es eigentlich ein übermenschliches Wesen sei, vor dem sie kriechen. Der Abstand zwischen dem Gegenstand der Anbetung und den Anbetern ist zwar ein großer, hat aber nur in der Unbedeutendheit der Bauchrutischer seinen Grund. Um so höher schäumt ihre Entrüstung auf über das Votum des Reichstages vom Sonnabend. Da ist es gut, die Tasager der Freisinnigen Vereinigung einmal an eine Episode aus dem Jahre 1884 zu erinnern. Am 5. Januar 1884 starb in New-York

in einer Wagenremise der liberale Abgeordnete Edward Lasker. Lasker war in der Zeit, da Bismarck seine größten Triumphe feierte, einer der bedeutendsten Vertreter derjenigen Grundsätze, welche Bismarck in den Gelehen zum Ausdruck bringen wollte. Bei den Berathungen der Reichsverfassung, der Gerichtsverfassung, den Justizgesetzen, im Kulturkampf und bei Schaffung des Sozialistengesetzes stellte Lasker sich in den Dienst des Kanzlers. Beim Tode Laskers folgte das Repräsentantenhaus in Washington einem alten Brauche; indem es annahm, daß der Tod aller Feindschaft ein Ziel gesetzt habe, sandte es eine Beileidsadresse an den deutschen Reichstag. Diesen einfachen Höflichkeitsakt benutzte Bismarck, seine Mißachtung gegen den Parlamentarismus zum Ausdruck zu bringen, indem er die Beileidsadresse unter Schlag. Der deutsche Reichstag hat sich, wie so manches Andere, auch diese „That“ Bismarcks ziemlich ruhig gefallen lassen. Dagegen rief diese Handlungsweise in Amerika die tiefste Entrüstung hervor. Kein Blatt wagte den Kanzler zu vertheidigen und im Repräsentantenhause wurde ein ganzer Tag über die Adressenunterschlagung debattiert und schließlich eine von Hewitt eingebrachte Resolution angenommen, in welcher das Repräsentantenhaus seine Sympathien für Deutschland zum Ausdruck brachte, aber bedauerte, daß ein Individuum den Versuch gemacht habe, einen Mißklang in die Freundschaftsbeziehungen beider Völker zu bringen. Die Debatte hatte Bismarck so verschupft, daß er zu seinem alten Auskunftsittel der Ablehnung griff, indem er erklärte, nicht der Schuldige zu sein; sein Herr, Kaiser Wilhelm I., habe ihm befohlen, die Adresse nicht abzuliefern. Wollen einmal die Bismarckanbeter alle auf ihren Abgott bezüglichen Dokumente sammeln, dann sollte man auch die Debatten im Repräsentantenhause über die Unterschlagung der Beileidsadresse nicht fehlen lassen.

Für den Reichstag ist es unmöglich, das Telegramm des Kaisers einer Kritik zu unterziehen, weil dasselbe der Gegenzeichnung des Kanzlers entbehrt und deshalb als Privatäußerung anzusehen ist. Dadurch erkräftigt sich unsere Annahme, daß der Reichstag deshalb moniren könnte.

Die Kaiserdepeche an Bismarck hat bereits eine Erwiderung gefunden. Die württembergische Volkspartei, die am 24. März in Stuttgart ihre von 1500 Personen besuchte Landesversammlung abgehalten hat, protestirte gegen die Umsturzvorlage, zollte dem Reichstagsbeschlusse vom 23. März ihren Beifall und erhob Widerspruch gegen das Telegramm des Kaisers an Bismarck.

Auch der Vizepräsident ist hinüber! Herr v. Bennigsen hat recht behalten, auch der zweite Vizepräsident des Reichstages, Dr. Bürklin, hat auf seine Würde verzichtet. Bei Herrn v. Bennigsen ist, wie die „National-Zeitung“ erfährt, noch Sonnabend Abend ein Telegramm aus Montreux-Territet eingegangen, worin er das Amt des zweiten Vizepräsidenten des Reichstages niederlegt. — Der arme Reichstag! Sich nun ohne Herrn Dr. Bürklin behelfen zu müssen!

Genosse Dr. Braun vom „Vorwärts“ hat in dem bekannten Zeugniszwangsverfahren am 25. d. M. seine Haft im Untersuchungsgefängniß Moabit angetreten. Bei uns unverbesserlichen, sündhaften sozialdemokratischen Redakteuren hilft auch die Zeugnishaft nichts.

Die Ansichten des Centrum bei den Tabakarbeitern werden recht „lichtvoll“ illustriert durch folgende dem Sigl'schen „Waterland“ aus Duderstadt (Gichsfeld) zugegangene Zeilen: „Der weiland „reisende Engel“ des Centrum, Dr. Lieber, wollte heute hier eine Centrumspauke loslassen, hat sich aber klüglich rechtzeitig gedrückt, nachdem er von allerhand Wind bekommen. Obgleich die ganze Kaplanei aufgeboten war, waren die Zigarrenarbeiter entschlossen, dem „reisenden Engel“ „das Fell zu gerben“, und wir Welsen würden mitgeholfen haben. Da fiel ihm aber der Wuth in die Kniehöhl und er ward nicht mehr gesehen. Und das war für ihn das Beste. — Jochenken, Jochenken! Hüte Di!“

Der Draht zwischen St. Petersburg und Berlin, so schreibt die „Röln. Volksztg.“, ist zerrissen; das muß trotz eventuellen offiziellen Ablenkungen festgestellt werden. Er ist nicht bloß zerrissen, sondern auch so zerrissen, daß er nicht leicht wieder „geflickt“ werden kann. Die Ursache liegt in mehreren Meinungsverschiedenheiten über die Befragung der erledigten diplomatischen Posten, und man hört, daß Kaiser Nicolaus nicht mehr die Absicht habe, den im Mai geplanten Besuch in Berlin auszuführen. Die Meldung des „Berl. Tagebl.“, daß man hier den General-Adjutanten Richter als Botschafter gewünscht, allein der Zar diesen Wunsch abgelehnt habe, wird uns also richtig bestätigt. Richter ist Balte, Protestant und Deutschenfreund. Graf Osten ist zwar auch Balte, wird aber von seinen Landsleuten als völlig verrückt bitterer gehaßt wie irgend ein Nationalkuffe. Zugleich hören wir aus bester Quelle, daß in St. Petersburg Schritte vorbereitet werden, um die russisch-französische Annäherung deutlicher wie jemals darzutun. Sedenfalls sind — leider — alle Hoffnungen, welche man auf die „Deutschfreundlichkeit“ des neuen Zaren gesetzt hatte, gründlich zu Wasser geworden.

## Italien.

Crispi hat kein Glück mit seinen Versuchen, sich ein „System“ als die Träger des Vertrauens des italienischen Volkes hinzustellen. Die Unwahrheit tritt allzu klar zu Tage und die größten Fälschungen nur verdecken schlecht genug die Empörung des Volkes. Am Sonntag fand das Volksfest statt, welches bekanntlich

auf acht Tage von den Sozialisten und Rabitalen vertagt war (s. „Volksbote“ Nr. 71). Obwohl Truppen „konfignirt“ waren, so ist es doch nicht zu einem Zusammenstoße gekommen. Die Beteilung an der Feier war sehr groß. Die Sozialisten trugen weiße Abzeichen, weil die roten von den Rabitalen angenommen sind. So hat denn auch diese Feier bewiesen, daß das Herz des Volkes bei seinen Vorkämpfern, den Märtyrern der Freiheit und des Sozialismus, ist. Und die Herrschaft der Gewalt und der Lüge wird nicht ewig dauern.

### Belgien.

Brüssel. Dem sozialistischen Organ „Peuple“ zufolge haben von 25 Syndikaten Brüssels 24 sich für den Generalausstand ausgesprochen. — Die Lage in den großen Industriestädten wird immer schwieriger, die Zahl der Ausständigen wächst. In amtlichen Kreisen scheint man sich über den Ausstand und die revolutionäre Bewegung sehr zu beunruhigen.

### Dänemark.

Kopenhagen. Bei den stattgefundenen Wahlen der Stadtverordneten (Bürgerrepräsentanten) hat die Opposition in mehreren Kreisen einen bedeutsamen Sieg errungen. Wohl ist es ihr nicht gelungen, ihre Liste durchzubringen, allein wenn man die Anzahl der für die oppositionellen Kandidaten abgegebenen Stimmen mit derjenigen bei den vorigen Wahlen vergleicht, dann erkennt man, wie große Fortschritte die Opposition gemacht hat. Im fünften Kreise erhielt die Opposition sogar eine Majorität von 545 Stimmen. In den letzten Jahren ist die Stimmenzahl der oppositionellen Kandidaten von 1160 auf 9072 gewachsen. Von beiden Seiten war eine sehr heftige Agitation entfaltet worden, namentlich unsere Parteigenossen hatten sich mit ungeheurem Eifer in den Wahlkampf gestürzt.

## Lübeck und Umgegend.

27. März

Gesindekrankenkasse. Es scheint nicht allgemein bekannt zu sein, daß für die erkrankten Mitglieder der Gesindekrankenkasse seit dem 1. Februar d. J. nicht mehr das Dittungsbuch der Gesindekrankenkasse, sondern das Dienstbuch als Legitimation gilt. Es soll daher häufig vorkommen, daß kranke Dienstboten, welche den Arzt in den Sprechstunden besuchen, wegen mangelnder Legitimation zurückgewiesen werden müssen.

Die Bismärcker in unserer Stadt haben es durchgedrückt, daß am 1. April die Schulen geschlossen werden. Offentlich ist schönes Wetter, daß die Kinder die frische Luft genießen können; unseres Erachtens kann kein Vater gezwungen werden, seine Kinder an dem Festrummel auf dem Markte teilnehmen zu lassen. Etwas Ähnliches scheint man übrigens wohl befürchtet zu haben, denn die Oberschulbehörde hat angeordnet, daß die Schüler der obersten Klassen des Katharineums, der Real-, Mittel- und Volksschulen von ihren Lehrern Klassenweise nach dem Marktplatz hingeführt werden. Wie man die Lämmer zur Schlachtkanin führt, also will man auch die unschuldigen Kinder in den Kreis des Parteigetriebes ziehen. Nun, die Kinder werden sich mehr an dem freien Tag denn an dem Festrummel ergötzen. Dafür sind Kinder — eben Kinder.

Ein Wort an die Eltern. Das Osterfest rückt heran und somit die Zeit, in welcher Tausende von Kindern die Schule verlassen, um den „Ernst des Lebens“ kennen zu lernen. Da tritt denn an die Eltern dieser Kinder die Frage heran: was sollen wir unsere Kinder lernen lassen? Bei dem Bourgeois beantwortet sich natürlich diese Frage ziemlich leicht. Er hat die Mittel, mit Hilfe des gemünzten Schweißes seiner Arbeiter seinen Kindern das Leben behaglich zu gestalten. Viel schwerer ist dagegen die Beantwortung obengenannter Frage bei den Proletariatseltern, da der Sohn gezwungen ist, einen anderen Beruf zu ergreifen, in dem er sich durch eigene Kraft auskömmlich ernähren kann. Ueberall in allen Gewerben ist dieselbe Krisis, dieselbe lange Arbeitszeit und niedriger Lohn, und dieselbe Arbeitslosigkeit, welche das Sprichwort: „Handwerk hat einen goldenen Boden“ schon längst zur hohlen Phrase für den Arbeiter gemacht haben. Da es uns nun nicht möglich ist, den Eltern resp. den jungen Leuten zu dem einen oder dem anderen Handwerk zu raten, so wollen wir ihnen doch wenigstens einige Rathschläge geben: 1. Soll der junge Mensch ein Handwerk erlernen, so wähle man eins, welches seinen geistigen und körperlichen Fähigkeiten entspricht; 2. versichere man sich während der ganzen Lehrzeit einer höchstens acht- bis zehnstündigen Arbeitszeit; 3. Sorge man dafür, daß der junge Mann bei einem solchen Arbeitgeber Beschäftigung erhält, welcher organisierte Arbeiter beschäftigt, da diese in den meisten Fällen die tüchtigsten Arbeiter sind und somit der Junge die meisten Chancen hat, etwas Ordentliches zu lernen; 4. achte man darauf, daß der Lehrling nicht als Läufer oder Stubenmädchen benutzt wird, was leider häufig vorkommt; 5. vereinbare man eine drei-, höchstens vierjährige Lehrzeit, da eine längere Lehre nur zur größeren Ausbeutung der jungen Menschen dient. Hat nun der junge Mann seine Lehre beendet und ist in den Gesellenstand eingetreten, dann ist es Pflicht seiner Kollegen, ihn aufzuklären und ihn seiner Fachorganisation zuzuführen. Aber nicht nur gewerkschaftlich soll er sich organisieren, sondern man suche ihn so zu belehren, daß er auch ein tüchtiger Kämpfer wird für Wahrheit, Freiheit und Recht, das heißt, daß er in die Reihen der überzeugten Sozialdemokraten tritt.

**Von der Ausstellung.** In Anwesenheit der Mitglieder des Komitès der deutsch-nordischen Handels- und Industrie-Ausstellung wurde gestern Nachmittag um 1/2 Uhr auf dem Ausstellungspalast der erste Binder der Maschinenhalle aufgerichtet. Die Feier, welche mit diesem Akte verbunden war, wurde für die Mitglieder des Komitès und die anwesenden Zuschauer durch den hernieder strömenden Regen etwas beeinträchtigt. Eingeleitet wurde die Handlung durch eine Ansprache des Platz-Ingenieurs Reinhard an die Anwesenden. Nach Beendigung derselben hat der Ingenieur den Vorsitzenden des Komitès, um den Auftrag, die Arbeit beginnen zu dürfen. Der Ingenieur gab dann den ihm gewordenen Auftrag an die Handwerker weiter. Nachdem dann der Binder aufgerichtet, und dies dem Ingenieur durch den Leiter des Baues, dem Zimmermeister Fortuhl, gemeldet war, überreichte der Ingenieur dem Präses lange den Hammer, mit der Bitte, den ersten Nagel einzufügen. Der Vorsitzende des Ausstellungskomitès schickte seiner Thätigkeit eine längere Ansprache an die Anwesenden voraus. In derselben hob er hervor, daß die Hoffnungen, die man in Bezug auf das Gelingen der Ausstellung gehegt habe, übertroffen seien. Die Ausstellung werde nicht nur für Lübeck, sondern für ganz Deutschland nutzbringend sein. Mit dem Wunsch, daß die Ausstellung Lübeck zum Segen gereichen möge, schlug er den ersten Nagel in das Gebälk. Die beiden folgenden Nägel schlugen dann die Herren Possehl und H. Thiel ein; dieselben begleiteten ihre Hammerschläge mit ähnlichen Wünschen. Es wurden dann noch von einigen Anwesenden Nägel eingeschlagen. Der Senat wurde bei dieser Handlung durch Herrn G. A. Behn vertreten. Am Schlusse brachte der Zimmermeister ein Hoch auf das Ausstellungskomitee aus, in welches die Anwesenden einstimmten. Die Teilnehmer der Festlichkeit begaben sich dann, nachdem der Regen aufgehört hatte, in das Wilhelmstheater. Hier wurde noch Bismarck angehört, und ein Telegramm an ihn abgesandt.

**Diebstähle.** Aus einem auf dem Bahnhof zurückgebliebenen und nicht wieder abgeholtten Handkoffer sind in der Zeit vom 8.—20. d. M. 8 Kronen gestohlen. — Einem Tischlergesellen wurde am 17. d. M. auf einer Herberge von einem ihm unbekanntem Schlächter das Portemonnaie mit 1 Mk. 50 Pfg. Inhalt aus der Hand geschlagen und vermuthlich entwendet. — Ein kleiner weißer Spitz ist einem Landmann in Westoe am Mittwoch voriger Woche abhanden gekommen. Der Landmann vernahmet, daß ihm der Spitz entführt ist.

**Öffentliche Versammlung.** Im Lokale des Genossen Leede fand am Sonntag Abend um 8 Uhr eine öffentliche Versammlung der Flussschiffer und verwandten Berufsgenossen statt. Auf der Tagesordnung stand: 1) Gründung eines Vereins. 2) Diskussion und Wahlen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung Genosse Bartels das Referat übernommen. Derselbe führte folgendes aus: Wir sind hier versammelt, um einen Theil derjenigen Arbeiter, die unter der kapitalistischen Produktionsweise zu leiden haben, zum Klassenbewußtsein zu bringen. Wenn nun nicht so viele dieser Arbeiter heute Abend hier anwesend sind, wie vielleicht Mancher erwartet hat, so dürfen wir doch von dem Vorhaben, welches Sie heute Abend hiergeführt hat, nicht zurücktreten. Die hier Anwesenden müssen sich als die Kerntuppen dieser Arbeitsbrüder ansehen, und jeder einzelne von Ihnen muß ein Agitator für den zu gründenden Verein werden. Wenn wir nun auf die Arbeitsverhältnisse der Flussschiffer selbst eingehen, so muß man ja zugeben, daß die technische und maschinelle Entwicklung im Flussschiffergewerbe noch nicht so sehr überhand genommen hat. Durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise werden aber gerade in denjenigen Erwerbszweigen, in denen die Maschine noch nicht ihren Einzug gehalten hat, die Anforderungen, die an die einzelnen Arbeiter gestellt werden, immer größere. Auch hat sich im Laufe der Zeit im Flussschiffergewerbe ein Ueberangebot herausgebildet, welches mit Naturnothwendigkeit die Lebenslage dieser Arbeiter herabdrückt. So ist mir z. B. von Ihren Fachgenossen mitgeteilt worden, daß der Lohn für eine Fracht, bei welcher in der Regel drei Arbeitstage in Betracht kommen, von 18 auf 15 Mark gesunken ist. Und wie ein Arbeiter, der bei der Flussschiffahrt beschäftigt ist, arbeiten muß, das werden Sie selbst am besten beurtheilen können. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, daß diese Arbeit kaum noch als menschlich zu bezeichnen ist. Von diesem Lohn muß dann aber der Arbeiter, wenn ein Schleppdampfer in Anspruch genommen wird, die Hälfte der Schleppkosten bezahlen. Es wird also, wenn man alle die Umstände in Betracht zieht und eine zwölfstündige Arbeitszeit zu Grunde legt, ein Durchschnittslohn von 45 Pfennig für den Arbeiter herauskommen, und das ist für eine so anstrengende Arbeit, wie diese, gewiß nicht zu viel, zumal ja bei dem enormen Kräfteverbrauch der Arbeiter dieselben dem Körper auch wieder gute Nahrung zuführen müssen. Aber auch die Eigentümer der Schiffe haben selbst unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktionsweise zu leiden. Während früher eine Fracht 60 Mark gezahlt wurde, wird heute in vielen Fällen nur noch 45 Mark gezahlt. Der Staat zahlt ja heute noch die Fracht mit 60 Mark. Da aber hier in den meisten Fällen der Besitzer des Schiffes selbst mitarbeitet, so muß auch er ein gewisses Interesse an der Gründung eines Vereins, wie wir ihn anstreben, haben. Um so mehr ist es zu verwundern, daß hier heute Abend keine Schiffer anwesend sind. Die Schiffsbesitzer sollten doch eigentlich der Gründung eines solchen Vereins sympathisch gegenüber stehen, denn auch ihre Lage, auch ihre Lebensstellung wird durch die gegenwärtige Lage des Gewerbes herabgedrückt. Sie aber, die Anwesenden, müssen sich um so mehr vor Augen führen, daß die Folgen eines wirtschaftlichen Niederganges sich zu allererst an den Löhnen der Arbeiter bemerkbar machen, daß also Ihr Lohn immer mehr gedrückt wird, je weiter sich die kapitalistische Produktionsweise entwickelt. Es ist daher nothwendig, daß auch Sie an eine Besserung Ihrer Lage herantreten. Das können Sie aber nicht, wenn Sie noch länger jeder für sich planlos umherirren. Ebenso, wie es das Kapital verstanden hat, sich zu vereinigen, um seine wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen, ebenso müssen auch wir Arbeiter den Werth der Vereinigung schätzen und verwirklichen lernen. Die Beweise, daß eine starke Organisation im Stande ist, die Lebenslage der Arbeiter zu heben, hat uns am besten die Organisation der Zimmerer gezeigt. Vor 20 Jahren bestand hier für die Zimmerleute ein Lohn von 25 Pfennig pro Stunde, heute verdienen aber die Zimmerleute einen Stundenlohn von 45 Pfennig. Ein großer Uebelstand ist auch noch die wirklich überaus lange Arbeitszeit in ihrem Beruf. Wenn hier nun auch anerkannt werden muß, daß mit den Witterungsverhältnissen zu rechnen ist, kann aber auf anderer Seite auch nicht bestritten werden, daß bei den heutigen Fortschritten der technischen und maschinellen Entwicklung der Arbeitszeit bedeutend kürzer sein könnte. So lange aber unter ihnen kein fester Zusammenhang besteht, werden die Verhältnisse

sich nicht bessern. Sie müssen ferner auch mit dem Umstand rechnen, daß der Elbe-Extrav-Kanal gebaut werden soll, und damit vielleicht für sie ein kleiner wirtschaftlicher Aufschwung in ihrem Erwerbszweig zu erwarten sein wird. Diesen Aufschwung können Sie nur dann zur Besserung Ihrer Lage ausbeuten, wenn Sie fest vereinigt sind. Die Arbeiterorganisationen werden zwar in gewissen Kreisen der Verachtung preisgegeben, das darf Sie aber Alles nicht abhalten, von Ihrem Vorhaben abzustehen. Gerade da hier am Orte noch keine größere Unternehmungen in ihrem Gewerbe in Betracht kommen, und in den meisten Fällen der Schiffer noch selbst mitarbeitet, wird es ihnen möglich sein, auch vielleicht einen Theil dieser Schiffer für ihren Verein zu gewinnen. Die englischen Gewerkschaften haben nun gezeigt, daß es den Arbeitern durch Einigkeit wohl möglich ist, die Lage zu verbessern. Durch die Gewerkschaftsbewegung wird aber auch der Arbeiter zum Klassenbewußtsein gebracht. Er wird durch dieselbe zu der Erkenntnis kommen, daß er nicht lebt um zu arbeiten, sondern daß er arbeitet um ein unabhängiges Leben führen zu können, daß er ein Recht zum Leben, ein Recht auf Arbeit hat. Ich glaube, daß diejenigen von ihnen, welche hier anwesend sind, schon von dem Werth einer Organisation durchdrungen sind und möchte ihnen nur noch zurufen, daß Sie nun nicht etwa glauben, daß, wenn Sie sich heute organisieren, morgen sich ihre Lage bessern muß. Sie müssen sich vielmehr vergegenwärtigen, daß ihre Ziele, die Sie sich gesetzt haben, sehr ernster Natur sind und daß es zunächst ihre Aufgabe sein muß, alle ihre Berufsgenossen von der Wahrheit der Worte, Einigkeit macht stark, zu überzeugen. Ich möchte ihnen daher zum Schluß nochmals zurufen: Vereinigt sind Sie nichts, vereint aber sind Sie Alles! Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Es wurde in der Diskussion von mehreren Rednern im Sinne des Referenten gesprochen. Hervorgehoben wurde noch, daß der Durchschnittslohn der Flussschiffer höchstens 20—25 Pfg. pro Stunde sein könne, da die Arbeitszeit in vielen Fällen 16—18 Stunden betrage, und dann auch häufig wegen der Witterung gezeitert werden müsse. Es wurde ein Unterschriftsbogen herumgereicht, auf welchem sich 13 Personen unterzeichneten. Sodann wurden 4 Personen in den provisorischen Vorstand gewählt. Die ausgearbeiteten Statuten wurden verlesen und dazu einige kleine Änderungen vorgeschlagen. Als Versammlungsort wurde das Lokal von Stoffers-Depenau gewählt. Die Versammlungen sollen jeden ersten Sonntag nach dem Ersten eines jeden Monats stattfinden. Die konstituierende Versammlung findet am Sonntag den 7. April statt. Mit dem Wunsche, daß diese Versammlung besser besucht sein werde und mit der Aufforderung an alle Anwesenden recht rege für den Verein zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Sprengübungen.** Nach einer Bekanntmachung des Vize-Admirals und Stationschefs der Marinestation der Nordsee vom 15. d. M. finden in der Zeit vom 15. April bis 15. November d. J. auf der Jade Sprengübungen der II. Torpedobatterie statt.

i. Gutin. Auf dem zur Zeit in Oldenburg tagenden Landtage des Großherzogthums Oldenburg hatten die Abgeordneten für das Fürstenthum Lübeck, Weber, Zeidler in Ratkau und Dohm, folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um dem Ruin der fürnerbauenden Landwirtschaft im Fürstenthum Lübeck entgegenzusteuern und den Bevollmächtigten im Bundesrath zu beauftragen, dahingehende Bestrebung der Reichsregierung zu unterstützen.“ Dieser Antrag ist in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Herr Pastor Zeidler in Ratkau, der große Sozialistenfresser, muß also noch weiter „kanigen“. Es ist ja auch möglich, daß er jetzt das „Blöth“liche Geschäft ganz an den Nagel hängt (weil er die Erfolglosigkeit gesehen hat) und sich nur noch der Sozialistenvertilgung widmet, die er in Lübeck seiner Zeit so ruhmreich begonnen hat. Vielleicht blühen in diesem Fache neue Lorbeeren. Viel Vergnügen, Herr Pastor!

**Neumünster.** Der furchtbare Sturm, welcher sich am Sonntag Abend gegen 9 Uhr erhob und bis nach Mitternacht tobte, hat in Stadt und Umgegend recht arge Verheerungen angerichtet. Gegenüber den Pastoraten sind mehrere der alten Bäume entwurzelt und in den Pastoratgärten sind eine ganze Anzahl junger Bäume niedergeweht. — Die Gebäude des „Tivoli“ haben auch wieder unter dem Sturm leiden müssen; es ist dort von den Dächern Schiefer in Masse herabgeweht. — Der Pferdestall der Horn'schen Fettkucherei hinterm Schlußberg wurde gänzlich abgedeckt, das Dach eine Strecke weit fortgeweht und auf die Vartmann'sche Wiese geschleudert, eine Giebelmauer des Horn'schen Pferdestalles stürzte ein. — Ein Stallgebäude von Poffelt, Schlußberg, wurde abgedeckt. — Von einem im Neubau begiffenen, richtfertigen Lagerhausbau der Gebr. Wof, Ecke Schlußberg und Schützen-Strasse, stürzte ein Theil des Mauerwerks ein. — Bedeutende Beschädigungen erlitt das Dach des Zimmermeisters Hans Wof gehörnden großen Hauses am Mühlenhof. — In der Kaiserstrasse, vor dem Hause des Schlossermeisters Wof wurde ein starker Baum entwurzelt, der an das Haus heranstieß und eine Ecke des Daches beschädigte. — In der Wittorfer-Strasse wurde ein Theil des Giebels des Stachelbeck'schen Hauses eingedrückt. Im Großfleden wurden in verschiedenen Häusern Fenster eingedrückt, am Fürstthof eine große Schaufenster-Spiegelscheibe, am Greve'schen Neubau ebenfalls diverse Fenster beschädigt. — Das Dach des Haack'schen Hauses in der Christian-Strasse, mit Cement-Pfannen gedeckt, das im Vorjahre bei dem Orkan schon bedeutend litt, ist auch diesmal wieder schwer beschädigt. — In der Lorenzen-Strasse wurde ein neu aufgeführtes Stallgebäude des Maurers Ehlers abgedeckt. — In der Bismarck-Strasse wurden Dächer der Eisenbahnarbeiterhäuser stark beschädigt. — Im Karstadt'schen Geschäftshause wurden in den oberen Etagen Fensterscheiben vom Sturm eingedrückt. — Bei der Rgl. Eisenbahn-Hauptwerkstatt ist der große Holzschuppen völlig umgeweht und das Dach weit weg, bis dicht an die Kieler Gasse geschleudert; im Uebrigen sind außer einigen herabgewehten Fensterscheiben keine Beschädigungen am Eisenbahn-Festtaggebäude erfolgt.

**Kiel.** Der frühere verantwortliche Redakteur der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“, Wilhelm Breconr, war bekanntlich vom hiesigen Landgericht am 17. Dezbr. v. J. wegen des Artikels über die Zeugung des Menschen, welcher sich an ein ernstes wissenschaftliches Werk anlehnte,



## Verammlung der Bürgerschaft.

(Schluß)

**V. M. Präses Lange:** Im Interesse unserer Ausstellung erlaube ich mir, folgende Anträge zu stellen:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat um Vorlage eines Gesetzentwurfes, durch welchen erklärt wird, daß die Bestimmungen 1) der Verordnung vom 18. September 1872, die für die Betreibung von Gast- und Schankwirtschaften, sowie des Kleinhandels mit Brauwein oder Spiritus zu zahlende Gewerbesteuer betreffend;

2) des Gesetzes vom 17. Dezember 1877, betreffend die Versteuerung der Waubelager, auf die Wirths- und Verkäufe der deutsch-nordischen Handels- und Industrie-Ausstellung in Lübeck keine Anwendung finden.“

Beide Gesetze, namentlich aber das letztere, sind für unsere Ausstellung eine große Gefahr. Dem Komitee wird durch das letzte Gesetz seine Aufgabe sehr schwer gemacht. Das letzte Gesetz besagt, daß Auswärtige, die hier Kleinhandel treiben wollen, eine Waubelagersteuer von 40 Mark pro Woche bezahlen müssen. Unter den Bedingungen werden die Kleinhändler nicht nach Lübeck kommen. Wir konnten damals nicht ahnen, daß dieses Gesetz auf die Ausstellung Anwendung finden würde. Auf allen bisherigen deutschen Ausstellungen sind keine solchen Abgaben erhoben worden, wenigstens ist dies auf den Ausstellungen in Hamburg und Bremen nicht der Fall gewesen. Ich habe mich hierüber bei dem Leiter der Hamburger Ausstellung erkundigt. Vom Direktor Brindmann habe ich die Antwort erhalten, daß, wenn staatliche Abgaben erhoben werden, diese dem Komitee zufallen. (???) Das Waubelagergesetz will ja den Kleinhandel Lübeck's schützen. Aber dieser wird durch die Ausstellung nicht geschädigt, sondern gehoben werden. Wir haben zum Beispiel ca. 100 diesbezügliche Anmeldungen zurückgewiesen. Es sind im Ganzen nur 28 hier in Betracht kommende Personen zugelassen worden. Eine von uns an den Senat gerichtete Petition, das Waubelagergesetz nicht auf die Aussteller anzuwenden, ist vom Senate abschlägig beschieden worden. Das Polizeiamt gab uns ebenfalls keine bestimmte Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage. Die Leute sind bereits zugelassen, ohne daß man ihnen über das Waubelagergesetz etwas mitgeteilt hat. Wenn diese nun wöchentlich 40 Mark bezahlen sollen, so werden sie nicht kommen, sondern uns Prozesse machen. (??) Das Unternehmen ist doch kein Privatunternehmen, es gereicht doch unserer ganzen Stadt zum Nutzen. Man sollte uns deshalb durch das Gesetz die Arbeit nicht erschweren. Es ist ja möglich, daß über das Gesetz so nicht hinweggegangen werden kann, sondern dazu ein Rath- und Bürgerentscheid notwendig ist. Ich richte daher an den Senat und die Bürgerschaft die Bitte, unsere Wünsche zu erfüllen.

**Wortführer Dr. Brehmer:** Bei der Budgetberathung war es von jeher üblich, Wünsche und Ersuche an den Senat zu richten. Diese werden auch in der Regel sofort erledigt. Da aber der Senat in dieser Angelegenheit schon gesprochen hat, gebe ich Ihnen anheim, den Antrag selbstständig zu behandeln. Wenn die Bürgerschaft damit einverstanden ist, wird der Antrag dem Bürgerausschuß überwiesen.

**Senatskommissar Dr. Brehmer:** Ich finde es bedenklich, wenn das Komitee der Ausstellung, weil dieselbe uns zur Ehre gereiche, Befreiung von Gesetzen begehrt, denen Andere unterstellt sind. Ich sehe nicht ein, warum Wirths, die auf dem Ausstellungsplatz bauen wollen, nicht dieselben Abgaben zahlen sollen, wie die Wirths in der Stadt, denen sie doch Konkurrenz machen. Wohin soll es führen, wenn Waubelager von den Steuern befreit werden. Die Ausstellung würde zum Jahrmakkt werden. Daß wir bereit sind, dem Komitee entgegenzukommen, haben Senat und Bürgerschaft schon durch die Leistung des Garantiefonds bewiesen.

**V. M. Lange** ersucht nochmals, das Waubelagergesetz nicht auf die Ausstellung anzuwenden. Zum Jahrmakkt werde die Ausstellung nicht werden, das wolle auch das Komitee nicht.

**V. M. Dr. Fehling** bittet den Antrag dem Bürgerausschuß zu überweisen.

Dies geschieht.  
Beim Abschluß V. Art. 27 ergreift das Wort **V. M. Mühsam:** Ich möchte darauf hinweisen, daß die Einnahmen und Ausgaben des Katharineums sehr verschieden sind. Die Einnahme beträgt 69,842 Mk., die Ausgabe dagegen 166,800 Mk. Es ist also ein Staatszuschuß von 94,955 Mk. erforderlich. Das macht bei 525

Schülern pro Schüler 185 Mk. Wir haben durchschnittlich 110 auswärtige Schüler. Diese erfordern also einen Staatszuschuß von 20,350 Mk., der von den Lübecker Steuerzahlern aufgebracht werden muß. In anderen Staaten ist das Schulgeld höher und werden die Auswärtigen schärfer herangezogen. Ich bitte sie daher folgenden Antrag anzunehmen:

„Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, eine Erhöhung des Schulgeldes für das Katharineum insbesondere des für auswärtige Schüler, in Erwägung ziehen.“

**Senatskommissar Dr. Brehmer:** Die Frage, ob eine Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Schüler am Katharineum zweckmäßig sei, ist schon mehrfach in der Oberschulbehörde erwogen worden. Man ist aber immer zu der Ansicht gelangt, daß dies unzuweckmäßig ist. Die Zahl der auswärtigen Schüler würde dadurch sinken. Durch die auswärtigen Schüler wird aber den Lübeckern machen Vortheil gebracht.

**V. M. Fr. Sacktorf** stimmt den Ausführungen des Senatskommissars bei. Schon im Jahre 1885, als dem Senat und der Bürgerschaft die Umänderung des Schulgesetzes vorlag, wurde die Angelegenheit dahin erledigt, das alles beim Alten bleiben sollte. Die Ausführungen des Herrn Mühsam sind nach seiner Ansicht lediglich laienmännliche Berechnungen.

**V. M. Hempel:** Ich bin hier selten so angenehm berührt worden, als durch die Worte des Herrn Senatskommissars. Die Sache ist aber von einer Seite noch nicht beleuchtet worden. Wenn das Schulgeld für das Katharineum erhöht wird, schädigen wir einen großen Theil unserer Mitbürger. Dem Mittelstand wird es heute schon sehr schwer, seine Söhne das Katharineum besuchen zu lassen. Durch die Erhöhung des Schulgeldes werden wir große Unzufriedenheit erzeugen. Gestatten Sie mir nun noch ein kurzes Wort über die Volksschule. Die Kommission, welche damals eingesetzt wurde, um zu berathen, wie die Kosten des Elbe-Flußkanals aufzubringen sind, hat in ihrem Bericht auch der Volksschule erwähnt. Nun erfahren wir, daß man jetzt dabei ist, den Vorschlag der Kommission zu verwirklichen. Man will an einer unserer Volksschulen den Versuch machen, das Siebenklassen-System einzuführen. Ueberall in deutschen Reich, wo noch keine 8klassigen Volksschulen bestehen, macht man den Versuch, diese einzuführen. Nun sollen wir, da wir in der glücklichen Lage sind, 8klassige Volksschulen zu haben, einen solchen Rückschritt gut heißen? Wir erzeugen damit Bitterkeit und schädigen uns selber. Nach außen hin wird man ein derartiges Gebahren nicht verstehen können. Nehmer giebt ein Beispiel an einen Landmann, dessen Getreide, wenn er es achtmal siebe, reiner sei, als wenn dies nur siebenmal geschehe. (Stärkliche Heiterkeit.) Das ist ein durchaus berechtigtes Beispiel. Wenn Sie sich über meine Worte freuen, so wundere ich mich nicht darüber. Es ist eben bei ihnen leider nicht das nützige Interesse für die Volksschule vorhanden. (Lebhafte Widerspruch.) Ich will Ihnen das beweisen. Es liegt ganz natürlich: Keiner von ihnen ist in der Lage oder wird gezwungen, sein Kind in die Volksschule zu schicken. Würden sie, wie dies in einigen süddeutschen Staaten der Fall ist, ihre Kinder einige Jahre in die Volksschule schicken müssen, so würden sie gerade diese Schule mit größterem Interesse verfolgen, und nicht lächerlich.

**Senatskommissar Dr. Brehmer:** Diese Probe soll nicht aus Sparamtheitsrücksichten angestellt werden. Es ist dies vielmehr eine rein technische Frage (??). Die Meinungen der Lehrer gehen in dieser Beziehung weit auseinander. Die Mehrheit der Lehrer ist zwar für 8klassige Schulen. (Zuruf: Alle.) Der Senat hat diese Frage nicht zur Entscheidung bringen wollen. Es wird jetzt von der Oberschulbehörde bei einer einzigen Volksschule, deren Lehrer sich für das Siebenklassen-System ausgesprochen haben, der Versuch gemacht, dasselbe einzuführen. Bewährt sich der Versuch nicht, so wird man zur 8klassigen Schulen zurückkehren.

**V. M. Gusman** fragt an, ob die Verlegung aus Unter- in Ober-Sekunda ohne Weiteres zum einjährigen Dienst berechtigt oder ob hier ein Examen nötig sei.

**Senatskommissar Senator Dr. Brehmer:** Die Verlegung nach Ober-Sekunda berechtigt ohne Weiteres zum einjährigen Dienst.

**V. M. Hilbrandt** beantragt: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, in Zukunft auf Wegfall des Beitrages der Gemeinden zu den Schulen in den Landbezirken und in Travemünde Bedacht zu nehmen.

Der Antrag wird, nachdem noch **V. M. Wengeroth** für den, selben gesprochen hat, angenommen.

Es folgt nun eine längere Debatte über die Art und Weise der Deckung des Fehlbetrages von 855852 Mk. 28 Pf., mit welchem das Budget abschließt. Der Senat beabsichtigt, diesen Fehlbetrag aus den erhöhten Einnahmen der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer zu decken. Der Bürgerausschuß hat sich dem diesbezüglichen Senatsantrage nicht angeschlossen und der Bürgerschaft schon gestern von uns mitgetheilten Antrag unterbreitet.

An der hierdurch entstehenden heftigen Debatte theilhaftig sind die **V. M. Dr. Vanda, Dr. Brey, Dr. Fehling** und **V. M. Dr. Fehling**. Alle vier sprachen gegen den Senatsantrag und gegen die vom Senate verlangte Frist von 3 Monaten. Die Vertheiligung der Senatsvorlage wurde vornehmlich vom Bürgermeister **Dr. Wehn** geführt. Derselbe erklärte sich gegen die Einführung einer Lotterie und zwar aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Er eruchte gleichzeitig darum, nicht den Fall herbeizuführen, der im § 75 der Verfassung vorgelesen ist. Aus diesem Grunde bittet er auch, eine Frist von 3 Monaten, und nicht, wie es der Bürgerausschuß beantragt hat, von einem Monat zu gewähren.

An der Vertheiligung theilhaftig sind noch die Senatoren **Dr. Bremer, Dr. Plesking** und **Dr. Klug**. Trotz dem fiel der Senatsantrag gegen 5 Stimmen. Vom ständigen Senatskommissar wurde sofort die Erklärung abgegeben, daß der Senat auf die Lotterie nicht eingehe.

Der Antrag des Bürgerausschußes, welcher das Staatsbudget nur auf einen Monat bewilligen will, wird mit großer Majorität angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung: Kommissionsbericht betr. Einführung einer Kurlage in Travemünde, mußte wegen Beschlußunfähigkeit der Bürgerschaft vertagt werden.  
Um 1/3 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

## Soziales und Partei-Leben.

**Barmstedt.** In Folge von Differenzen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe haben die meisten Gesellen die Arbeit eingestellt. Es handelt sich in diesem Falle nicht um Lohnerhöhungen, sondern um die Forderung, wonach die Meister sich erklären sollen, daß bei auswärtigen Bauten der Beginn Arbeitszeit um die Zeit hinausgeschoben wird, welche auf die Zurücklegung der Wegstrecke verwendet werden muß.

An die Gehäusen der Conditoreien, sowie an sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Zuckerwaaren-, Chokoladen-, Kaffee-, Biskuit- und Honigkuchen-Fabriken! Nachdem der Unterzeichnete auf die von ihm angeregte Kongressfrage in dem Fachorgan „Die Biene“ von vielen Seiten Zustimmung erhalten hat, ist nunmehr von dem Komitee die Einberufung des Kongresses beschlossen. Der Kongress findet am 4. und 5. Juni 1895 in Nürnberg statt. Auf die Tagesordnung sind folgende Punkte gesetzt: 1) Der Maximalarbeitstag in den Conditoreien. 2) Unsere wirtschaftliche Lage. 3) Die Gestaltung unserer Agitation. 4) Abschaffung der Naturalverpflegung, Festsetzung eines Minimallohnes. Kollegen! Es liegt an Euch, zu verhindern, daß Euch der Maximalarbeitstag länger vorenthalten wird. Wir müssen für diese unsere Forderung eine rege Agitation entfalten, und den Verband zu der einer guten Organisation nöthigen Macht verhelfen. Ferner glauben wir, daß es an der Zeit ist, das veraltete System der Naturalverpflegung zu beseitigen, und die Gewährung eines Minimallohnes zu fordern, der je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Zu Unbetracht dieser Forderungen ist es notwendig, den Kongress recht zahlreich zu besenden. Kollegen! Wählt deshalb Männer, die unsere Interessen nach dieser

Ehe Roland sich noch umdrehte — ohne ein einziges Wort zu verlieren — ergriff er die nie entweichte rechte Hand des Priesters und zog sie an seine Lippen, worauf er die Augen schloß und bald wieder in tiefem Schlummer lag.

Um drei Uhr erhob sich Roland völlig gestärkt; er nahm ein kaltes Bad und begab sich dann hinüber ins Wohnzimmer — erröthend über seine Schwachheit, aber doch mit mehr Muth, als er sich zugetraut hatte. Er setzte sich mit dem Pfarrer zum Essen, das für sie zubereitet war.

Während der Mahlzeit bemerkte Richard: „Ist Dich ordentlich satt, vor Abend giebt's nichts weiter!“

„Wie so — was meinst Du?“

„Du gehst mit dem Fünfuhr-Zuge mit mir nach Tangleh.“

„Ich sehe nicht ein, wie ich das machen könnte,“ entgegnete Roland.

„Warum?“

„Zunächst was meinen Vater betrifft —“

„Kommt er denn zunächst in Betracht? Roland sei aufrichtig, ist es wirklich der Gedanke an Deinen Vater, der Dir die Fahrt nach Tangleh unerwünscht erscheinen läßt?“

„Nein; ich werde heute Abend im Levity-Theater erwartet,“ brachte der junge Welling mit einigem Stämmeln heraus.

„Auf der Fahrt nach der Waterloo-Station kommen wir an einem Telegraphenamt vorbei, dort kannst Du eine Depesche aufgeben, wenn Du es nicht vorziehest, ein Bilet zu schreiben und durch einen Boten an Folly zu schicken. . . denn um diese handelt sich's doch vermuthlich? Wenn Du es wünschst, will ich sogar selbst die betreffende Bestellung ausrichten.“

## Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.  
Autorisirte Uebersetzung von M. Geisler.

(32. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Pfarrer von Tangleh schaute ohne besondere Ueberraschung und Ekel auf das Schauspiel, das sich ihm darbot. Sein Gesichtsausdruck war vielmehr der eines starken Mannes, der sich einer notwendigen Operation unterziehen muß.

Die Muskeln seiner Stirn und seines Mundes waren wie im Schmerz zusammengezogen — das war Alles.

Er bemühte sich, Roland aus seiner Trunkenheit zu erwecken. Als indessen alles Rütteln und Schütteln nichts half, sagte der Pfarrer entschlossen:

„Wir müssen ihn hinauftragen, Kutscher!“ und dann schickte er Folly wendend, äußerte er:

„Ich werde den Kutscher sofort wieder herunter schicken, es soll nicht lange dauern.“

Folly stimmte zu; den Pfarrer aus den Schilderungen, welche ihr Roland von ihm gegeben, wiedererkennend, frug sie:

„Sie sind der Pfarrer Vane?“

„Ja — und Sie sind Folly?“

Folly's behagende Antwort klang trotzig genug — sie begriff, daß sie mit dem Geistlichen um Roland werde kämpfen müssen und mit finstrem Blick sah sie zu, wie Richard und der Kutscher den jungen Mann aus dem Wagen hoben und in's Haus trugen. Der Kutscher kam bald zurück und während Folly nach Hause fuhr, brachte Richard seinen Pflegebefohlenen zu Bett, was keine leichte Arbeit war.

Die Mittagsstunde war bereits vorüber, als Roland erwachte. Er blickte sich erstaunt um; er wußte also absolut nicht, wie er ins Bett gelangt war, und es befremdete ihn besonders, daß er nicht mehr den Ballanzug trug, sondern, wie gewöhnlich, sein Nachtgewand angelegt hatte.

„Zum Teufel, wie bin ich heimgekommen?“ murmelte er vor sich hin.

„Das kann ich Dir sagen!“ tönte Richard Vane's Stimme vom Fenster her, wo der Pfarrer gesessen und gelesen hatte. Jetzt erhob er sich und trat an Rolands Bett mit den Worten:

„Folly brachte Dich nach Hause.“

Sodann folgten einige andere Details über Rolands Heimkehr.

Tief beschämt legte Roland die Hand über die Augen; er blickte erst wieder auf, als er Richard das Zimmer verlassen hörte.

„Wieder in der fatalsten Verlegenheit befunden!“ dachte Roland bei sich, „und gerade vor dem Manne, den ich am meisten fürchtete! Das wird eine schöne Vorlesung werden.“

Der Pfarrer kam zurück mit einer Flasche Sodawasser in der Hand.

„O, Richard, Du bist ein barmherziger Samariter, wie er in der Bibel steht,“ sagte Roland, als Vane die Flasche entforckte, ein Glas füllte und es dem jungen Manne an die Lippen hielt. Gehorsam trank Roland das Glas aus und als er, indem er es Richard reichte, den Blick anschlag, schimmerte es feucht in den blauen Augen.

Verjuch's jetzt noch ein Weilchen zu schlafen, bester Roland,“ sprach der Pfarrer, die Bettvorhänge wieder zuziehend.

Nichtung vertreten. An Orten, wo wir keine Verbindung haben, werden die Gewerkschaftskartelle erlucht, Versammlungen einzuberufen und die Beschickung des Kongresses zu veranlassen. Alle Zuschriften sind an R. Hohlfeldt, Berlin O., große Frankfurterstraße 75, part., zu richten. Ebenfalls sind Mandatsformulare zu fordern. Delegirte wollen sich vorher an obige Adresse wenden. Auch werden die örtlichen Kartelle erlucht, über ihre ev. Erfolge zu berichten. Das Komitee.

## Aus Nah und Fern.

Die „Schande“ des deutschen Reichstags, die darin bestehen soll, daß er es ablehnte, am Bismarck-Memorial theilzunehmen, hat fast sämtliche Leipziger Ordnungsbrüder außer Rand und Band gebracht. Eine Anzahl „Ehrer“ erster Güter — zufälligerweise wohnen sie sämtlich am Markt und nennen Geschäftslokaleitäten ihr eigen — hatten sich sofort nach Bekanntwerden des ablehnenden Beschlusses ad hoc versammelt, wichtig berathen und Bismarcks Standbild auf dem Kriegerdenkmal mit Blumen geschmückt. Es wird der „L. B.“ darüber geschrieben: Furchtbare Rache schauern die durch die von Seiten des Reichstags geschene Ablehnung der Bismarck-Ehrung in ihren byzantinischen Gefühlen schwer gekränkten Leipziger Patrioten, und in trautem Verein zogen sie am Sonntag Morgen vor die Statue des „verehrten Mannes“ auf dem Marktplatz, schlossen einen Ring um dieselbe und reichten die Hände sich zum ewigen Bunde und sahen feuchten Auges zu den „geliebten Jügen“ empor. Und dann brachten sie Kränze von Lannengrün und schlangen sie ihm um die „arbeitsmüde Schulter“ und einen legten sie, ehrfurchtsvoll mit der Stirn den Boden berührend, dem „Selben“ zu Füßen. Also opferten sie ihrem Götzen. Und dann sahen sie gerührt sich an und gingen nach Haus mit dem fröhlichen Bewußtsein, eine gewaltige That vollbracht zu haben. Einen derartigen Vorgang kann nur der Irrenarzt erklären.

Ueber die Wallfahrt nach Friedrichsruh von Seiten der konservativen und nationalliberalen Abgeordneten am Montag liegen folgende Berichte vor: Drei Sonderzüge führen vom Lehrter Bahnhof in Berlin ab. Darunter waren die beiden ersten Harmonikzüge, während der dritte Zug nur Waggon zweiter Klasse führte. Mit dem ersten Zug fuhr 122, mit dem 10 Minuten darauf folgenden Zug 103 Personen. Nach weiteren 10 Minuten fuhr ein dritter Zug ab mit 167 Personen. Auf diesem befanden sich die Reichstagsabgeordneten und Herrenhausmitglieder, während die beiden ersten Züge Mitglieder des Abgeordnetenhauses aufnahmen. Alle Theilnehmer wurden gleichzeitig von dem Fürsten Bismarck im Schlosse empfangen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Köller hielt eine Ansprache, auf welche Fürst Bismarck erwiderte. Die Rückfahrt der drei Züge fand zwischen 3 und 4 Uhr statt. Ein Telegramm aus Wittenberg in den „Berl. Neuest. Nachr.“ meldet, daß sich zahlreiche L'hombre-, Wist- und Skatgruppen unter den Abgeordneten auf der Fahrt gebildet haben und das erhebende Gefühl nationaler Begeisterung lebendig die Herzen aufstauen machte. (Au!) Die Antisemiten haben nach derselben Quelle ihre Flugblätter auf den Zügen „durch zwei Beamte“ vertreiben lassen.

Im Schornstein der Kaserne des Kaiser Alexander Garde- Grenadier-Regiments in Berlin gestorben ist am Sonnabend der 17-jährige Schornsteinfegerlehrling Hugo Schreiber, der bei seinem Vater in der Brunnenstraße in der Lehre stand. Am Sonnabend Vormittag wurde die

Gesellenprüfung, an der auch Sch. theilhaftig war, in den Schornsteinen der Kaserne vorgenommen. Der junge Schreiber hatte die Aufgabe, den Schornstein des Gebäudes der 8. Kompanie, der mit einem „Steiger“ versehen, von innen zu erklettern und führte diese Aufgabe gegen 11 Uhr Vormittags aus. Als er nach der vorgeschriebenen Zeit die Rauchleitung nicht verlassen hatte, wurde von zwei Gesellen nachgeführt und der Vermisste fast am Kopfe des Schornsteins todt aufgefunden. Mit Hilfe von Militär mußte der Schornstein gesprengt werden, um den Körper des Verunglückten frei zu bekommen. Der Tod war in Folge eines Lungenschlags erfolgt.

„Ehen werden im Himmel geschlossen!“ 1. In einer gegen den Rentier Schabewald in Berlin geführten Verhandlung wegen Bedrohung behauptete derselbe, dessen Ehe nach 31-jähriger Dauer geschieden worden war, daß er mit seiner Ehefrau nicht mehr zusammen leben könne, weil sie die Alderlichkeit seines Sohnes unterstütze und ihm Gelder zuflüsse; außerdem habe sie ihm auch einmal gedroht, ihm Oeum in's Gesicht gießen zu wollen. Die Frau dagegen versicherte, daß sie keine Gemeinschaft mit Herrn Sch. haben wolle, da derselbe — acht uneheliche Kinder habe. Frau Sch. ist eines Abends nach einem häuslichen Zwist auf und davon gegangen, jedoch unter Mitnahme von 8000 M. Sch. ließ ihr melden, falls sie nicht umgehend die Hälfte des mitgenommenen Geldes herausgäbe, würde sie ihr Ehemann erschießen und sich selbst an einer Thürklinge aufhängen. Sch. wurde in erster und zweiter Instanz zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt. — 2. Die „Frankf. Bzg.“ registriert folgendes in einem Wiener Blatt befindliche Inserat: „Für einen Fürsten, in Deutschland apargiert, in den Vierzigern, wohl konserviert, wird eine Gemahlin gesucht (auch getaupte Israelitin). Gewünscht mindestens zwei Millionen Gulden Mitgift, wovon der zehnte Theil zur Sicherstellung der Selbstständigkeit des Gemahls, theilweise auch zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten auf seinen Namen zidiert werden müßte. Nur solche Persönlichkeiten, welche ganz direkte Fühlung besitzen und konvenientes Falles rasche sichere Erledigung bieten können, mögen nicht anonym u. s. w.“

## Standesamtliche Nachrichten

vom 17. März bis 23. März 1895.

### Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.  
5. März. Zigarrenmacher Heinrich Friedrich Stäben. 11. Tischlermeister Carl Christian Follers. Schriftfeger Hans Ludwig Otto Ehler. 14. Arbeitsmann Friedrich Peter Heinrich Bloen. Arbeitsmann Carl August Zieborn. Güterbodenarbeiter Claus Heinrich Gustav Eggert. 15. Arbeitsmann Johannes Heinrich Christian Feldmann. Arbeitsmann Anders Johann Svensson. Kaufmann Salomon gen. Siegfried Jacob Schlömer. Ehefiedakteur Dr. phil. Karl Otto Gustav Geise. 16. Arbeitsmann Adolph Heinrich Garber. Arbeitsmann Joachim Heinrich Johann Köster. 17. Eisenbahnwagenschieber Carl Franz Theodor Stahlbrode. 18. Arbeitsmann Hans Ulrich Friedrich Wilert. Bäckermeister Friedrich Wilhelm Christian Wilken. 19. Schlossermeister Carl Emil Julius Steffens. 21. Schlossergehülfe Heinrich Friedrich Christian Hübner. Klempnergehülfe Ernst Franz Joachim Fürchtegott Eögen. Kaufmann Friedrich Otto Carl Wilhelm Schnapauß. Bote Heinrich Friedrich Wilhelm Bößow.

### b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

5. März. Zigarrenmacher Heinrich Friedrich Stäben. 7. Arbeitsmann Ernst Friedrich Gustav Steffens. 11. Schuhmachermeister August Berg. 14. Malergehülfe Andreas Hermann Carl Stein. Lokomotivpuffer Johannes Adolf Albrecht gen. Ziegler. Buchhalter Heinrich Eduard Friedrich Dierks. Stellmachergehülfe Heinrich Johann Friedrich Brandt. Schmiedehülfe Karl Hermann Duandt. 16. Fabrikarbeiter Johann Heinrich Friedrich Aufs.

### 21. Kapitel.

Als Richard mit Roland in den Wagen stieg, der beide zur Waterloo-Station bringen sollte, befaß der Geistliche dem Kutscher, am nächsten Telegraphenamt zu halten und die Depesche, welche Roland dortselbst an Folly aufgab, lautete kurz und bündig:

„Ich bin heute am Kommen verhindert, werde aber sehr bald schreiben. Roland.“

Untertwegs grübelte Roland darüber nach, ob er Margarethe auch sagen müsse, daß er betrunken gewesen und daß er Abend für Abend hinter den Coulissen des Devity-Theaters Folly aufgesucht hatte. Am Ende wünschte sie garnichts von all diesen Dingen zu hören, wenn er nur gewußt hätte, wie viel Richard davon bekannt war? Eine zufällige Aeußerung des Pfarrers setzte ihn hierüber in's Klare. Richard erwähnte gesprächsweise, daß Garnier ihn zuerst darauf aufmerksam gemacht habe, daß er, Roland, so viel hinter den Coulissen verkehre und als der Letztere abwehrend bemerkte, Richard scheine zu denken, er habe beständig mit Folly verkehrt, entgegnete der Pfarrer gelassen:

17. Dienstmann Daniel Heinrich Joachim Böckmann. Arbeitsmann Carl August Ludwig Bahlschütz (Wilmshöhe). Arbeitsmann Johann Ludwig Buchholz. 18. Hülfsknecht Fritz Johann Heinrich Spehmann. 19. Arbeitsmann Johann Heinrich Wilhelm Grafenbrabe gen. Strund. 21. Arbeitsmann Samuel Schwenterchowski. Kunst- und Handelsgärtner Friedrich David Heinrich Sperling. 23. Organist Carl Ludwig Wilhelm Lichtwart.

### Storbefälle.

16. März. Ein todtgeb. Mädchen, B.: Maschinist Gustav Christian Jacob Runge. Catharina Christina Sophia geb. Kluth, Ehefrau des Tischlermeisters Franz Joachim Carl Vehmuth, 63 J. Wilhelmine Maria Margaretha geb. Bierhoff, Wittve des Kaufmannes Johann Hinrich Schwachkopf, 86 J. Nagelschmiedmeister Heinrich Christoph Christian Kiple, 76 J. 17. Privatmann Hans Peter Fied, 83 J. Hans Ludwig Hermann Jacob Nielsen, 4 M. Catharina Elisabeth geb. Lemde, verwitwete Krus (Kros) Ehefrau des Privatmannes Hans Heinrich Nilsen, 64 J. Wilhelmine Dorothea Henriette geb. Schwerdtfeger, Wittve des Gutsbesizers Ernst Wilhelm Schwerdtfeger, 73 J. Anna Maria Vulte geb. Benkhen, Wittve des Arbeitsmannes Hans Matthias Höppler, 68 J. Agnese Sophia Maria geb. Klingrath, Ehefrau des Arbeitsmannes Bernhard Carl Georg Pistor, 66 J. 18. Ernestine Hofme geb. Venermann, Wittve des Kaufmannes Andreas Müller, 76 J. Privatmann Heinrich Carl Detlof Schmitt, 93 J. Kellner Hermann Hans Joachim Ollmann, 21 J. 19. Telegraphenbote Johann Wilhelm Palow, 51 J. Abel Margaretha geb. Steffen, verw. Windler, geschiedene Koops, Ehefrau des Kaufmannes Hermann Carl Ludwig zur Mühlen, 75 J. Christina Marie Elisabeth (verw. Maria Sophia Louise) geb. Rathjad, Wittve des Privatiers Franz Daniel Seeßstädt, 75 J. Johanna Christina Dorothea geb. Köhr, Wittve des Steuermannes Hermann Nikolaus Hinrich Rehm, 84. Therese Wesselhäuser, 23 J. Versicherungsbeamter Johannes Friedrich Matthias Wigger, 48 J. Privatier Joachim Hinrich Weno Groß, 74 J. Kaufmann Johannes Hermann Siemsen, 63 J. 20. Käthe Vertha Johanna Anna Schaefer, 1 J. Steinbrügger Franz Florian Bernhard Benzel, 74 J. Bernhardine Johanna Catharina geb. Krufe, Ehefrau des Tischlers Ferdinand Schultes, 66 J. Tischlermeister Johann Hinrich Christoph Kempfer, 68 J. Matthias Schümer, 1 J. 21. Catharina Maria Wilhelmine geb. Baumann, Ehefrau des Arbeitsmannes Andreas Johann Svensson, 40 J. Privatier Heinrich Diederich Detlev Tridde, 72 J. Lehrer emeritus Joachim Hans Ernst Aereboe, 71 J. Beamter der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft Otto Stoos, 76 J. 22. Maria Sophie Henriette Buchholz, 5 J. Catharina Maria Juliana geb. Steber, Ehefrau des Arbeitsmannes Carl Wilhelm Johann Desterreich, 62 J. Kaufmann Johann Heinrich Friedrich Schuster, 45 J. 23. Catharina Christine Magdalene geb. Weßlin, Ehefrau des Schuhmachers Johann Hinrich Sauerader, 68 J.

### Ungeordnete Aufgebote.

März 18. Eigentümer Jochen Heinrich Friedrich Wulf zu Klein-Forst und Johanna Maria Elisabeth Döber zu Lenschow. Obermaschinist der Kaiserlichen Marine Paul Georg Voben zu Kiel und Anna Sophie Adolphine Friederike Rehwoldt. Tischlergehülfe Ulrich Carl Friedrich Aucht und Catharina Maria Elisabeth Ollmann. 19. Handlungsreisender Johann Heinrich Wilhelm Müller und Pauline Magdalena Juliane Hagenström. Arbeiter Carl Johann Heinrich Schoening und Auguste Elisabeth Catharina Bälow. 20. Eisenbahnwagenbremser Carl Bernhard Louis Trendelburg und Alwine Adele Mühlert. Vice-Feldwebel von der Halbbrigade-Abtheilung 17. Armeekorps Gustav Friedrich Wilhelm Ebert und Maria Christine Hade, beide zu Deutsch-Eylau. 21. Werkführer Joachim Carl Friedrich Blath und Wilhelmine Emma Berna zu Schönebeck. Fabrikant Paul Ludwig Johannes Burmeister zu Berlin und Marie Johanna Auguste Fernhagen. Elementarlehrer Johann Friedrich Bernhard Hennings und Fanny Emma Wilhelmine Schöhrand. 22. Lokomotivführerlehrling Heinrich Reinhard Hermann Krug und Johanna Marie Elisabeth Peters. Arbeiter Carl Friedrich Sonntag und Christine Louise Charlotte Wilms. Tischlergehülfe Joseph Holzner und Betty Louise Wilhelmine Helm. 23. Telegraphenassistent Weno Fritz Heinrich. Giesenberg und Wilhelmine Marie Braun zu Hamburg.

### Eheschließungen.

März 19. Ziegler Carl Heinrich Steinmeier und Dorothea Sophia Friederike Charlotte Margaretha geb. Köhnenberg, des Wagenschleiers Wilhelm Gottlieb August Gudel Wittve. 22. Arbeiter Hans Friedrich Carl Hinrichs und Friederike Sophie Magdalene Böhrhoff. 23. Eisenbreher Martin Johannes Theodor Sternberg und Elise Caroline Wriedt. Arbeiter Friedrich Wilhelm Behne zu Vorwerk und Wilhelmine Marie Henriette Vochholt. Geschäftsführer Carl August Dieterich und Maximiliane Johanna Ida Blüthje.

„Dante — das wird kaum nöthig sein. Hast Du übrigens auch bedacht, welche Folgen es haben kann, wenn ich meinen Londoner Aufenthalt schon vor Ablauf der festgesetzten Zeit beende? Du weißt doch wohl, was sich an die Erfüllung dieser Bedingung knüpfen sollte, Richard?“

„Ich weiß jedenfalls, daß diese Bedingung für Dich höchst verderblich war, und je eher Du sie lösest, um so besser für Dich!“

„Aber was kann ich dann nur Gretje für eine Stellung bieten, wenn ich jetzt meines Vaters Bedingung breche?“

„Und was für eine Stellung giebst Du ihr, wenn Du bleibst?“ Sein Ton klang sehr erst und scharf. „Du weißt sehr wohl, was hier auf dem Spiele steht und es fragt sich nur, was Du für bindender erachtest — das Versprechen, welches Du meiner Schwester gabst, oder das spätere, Deinem Vater gegenüber eingegangene.“

„Richard, Du marterst mich wirklich! rief Roland heftig.

„Das wollte ich nicht, laß mich Dir nur noch eines sagen: ich habe Folly nur einen Moment gesehen, aber dieser Moment genügt, um mir zu zeigen, wie gefährlich sie ist.“

„Nicht für mich, Richard —“

„Aber für Margarethe und ihren Frieden“, versetzte der Geistliche sanft.

Roland biß sich auf die Lippen — er fühlte sich bitter gedemüthigt und das Bewußtsein, die schärfste Verurtheilung verdient zu haben, erfüllte ihn mit ohnmächtiger Wuth gegen seine Person selbst und seinen Reichthum.

„Gieb es auf, zu experimentiren, Roland“, fuhr der Geistliche nach einer Weile ruhig fort, „derartige Ver-

suche fallen meistens sehr kläglich aus und wer bürgt dafür, daß es ohne gebrochenes Glück und ohne gebrochene Herzen abgeht?“

Als der Pfarrer zu sprechen aufhörte, konnte Roland der Thränen sich nicht erwehren. „O, Margarethe, wie konnte ich Dich so vergessen! Und wenn ich Dir alles erzählt haben werde, wie kannst Du mir vergeben?“ schluchzte er.

„Wenn Du ihr alles erzählst“, erwiderte der Pfarrer in seinem mildesten Ton, indem er ihm die Hand auf die Schulter legte, „wird sie Dir vertrauen und Dir vergeben — sie ist Gott sei Dank ein echtes Weib!“

„Ich weiß, daß Du an den sechs Abenden der Woche, an welchen gespielt wurde, im Devity-Theater, und zwar meistens hinter den Coulissen, warst und ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß dies geschah, um Folly zu sehen.“

„Also Garnier, der alte Heuchler, hat mich verlästert? Er scheint ganz vergessen zu haben, daß er es war, der mich mit ihr bekannt machte.“

„Er hat es nicht vergessen, im Gegentheil, er ist sehr unglücklich darüber.“

„Im — er hat auch mit einmal einen Sermon angedeihen lassen“, bemerkte Roland nach einer Weile, dann fuhr er zögernd fort:

„Richard, hat er in Gretens Gegenwart vom — Devity-Theater und von — Folly gesprochen?“

„Nein, was Margarethe über dieses Thema erfahren muß, wirst Du selbst ihr sagen.“

Roland athmete auf — er wollte Gretje sicherlich nicht zu viel sagen. Wozu auch?

Wie wohl Folly seine Abwesenheit ertragen würde? . . . Nept war sie sicher schon im Theater, das Publikum jubelte ihr zu und er fehlte an dem gewohnten Ort. Nur mit Grausen vermochte er jetzt an das stille Pfarrhaus zu denken.

Wochenlang hatte Roland allabendlich an dem prickelnden Kelch der Unterhaltung und Erregung genippt; wie sollte er nun diesen raschen Umschlag aller Verhältnisse ertragen?“

Ob Folly ihn vermisse? Was hätte er darum gegeben zu erfahren, wie sie sein Telegramm aufgenommen — vielleicht hatte sie hellauf gelacht, hoffend, daß er bald wiederkomme.

(Fortsetzung folgt.)